

## **Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft**

### **Betr.: Jugend im Parlament 2012**

Vom 17. bis zum 21. September 2012 fand zum 18. Mal „Jugend im Parlament“ statt. Der Ablauf entsprach dem Konzept, das seit 1999 der Veranstaltung zugrunde liegt. 127 junge Menschen im Alter zwischen 15 und 21 Jahren haben an dieser Veranstaltung teilgenommen. Dabei handelte es sich um Jugendliche aus Gymnasien, Beruflichen Schulen, Gewerbe- und Gesamtschulen und Auszubildende aus Unternehmen.

Folgende Betriebe waren mit Auszubildenden vertreten: Airbus Operations GmbH, Aurubis AG, Berufsbildungswerk Hamburg GmbH, Blohm + Voss Shipyards GmbH, Bücherhallen Hamburg, DHL Supply Chain Germany & Alps DHL Solutions GmbH, Fielmann AG, Hamburger Hafen und Logistik AG, Hamburger Hochbahn AG, Hamburger Sparkasse, Lufthansa Technik AG, Stadtreinigung Hamburg.

Die übrigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen aus Hamburger Schulen: Albrecht-Thaer-Gymnasium, BBS Winsen (Luhe), Bismarck-Gymnasium, Brecht Schule, Charlotte-Paulsen-Gymnasium, Christianeum, Emilie-Wüstenfeld Gymnasium, Emil-Krause-Gymnasium, Friedrich-Ebert-Gymnasium Harburg, Geschwister-Scholl-Gesamtschule, Goethe-Gymnasium, Gretel Bergmann Schule, Gymnasiale Oberstufe Sportplatzring, Gymnasium ALLEE, Gymnasium Buckhorn, Gymnasium Dörpsweg, Gymnasium Farmsen, Gymnasium Glinde, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, Gymnasium Klosterschule, Gymnasium Lohbrügge, Gymnasium Oberalster, Gymnasium Ohmoor, Gymnasium Rissen, Gymnasium Süderelbe, Gyula Trebitsch Schule Tonnendorf, Heilwig-Gymnasium, Heinrich-Heine Gymnasium, Heisenberg Gymnasium Hamburg, Ida-Ehre-Gesamtschule, Kurt-Körper-Gymnasium, Lise-Meitner Gymnasium, Lohmühlen-Gymnasium, Marion Dönhoff Gymnasium, Matthias-Claudius-Gymnasium, Nelson-Mandela Schule, Rudolf Steiner Schule Hamburg-Wandsbek, Rudolf-Steiner-Schule Harburg, Sankt-Ansgar-Schule Hamburg, Sophie-Barat-Schule, Stadtteilschule Altrahlstedt, tadtteilschule Bergedorf, Stadtteilschule Bergstedt, Stadtteilschule Harburg, Stadtteilschule Niendorf, Stadtteilschule Richard-Linde-Weg, Stadtteilschule Walddörfer, Wichern-Schule.

Die Jugendlichen erhielten durch ihre Teilnahme an der einwöchigen Veranstaltung einen Einblick in die politischen Prozesse des Hamburger Landesparlaments. Orientiert an der gewählten Bürgerschaft und ihren Gremien- und Arbeitsstrukturen gaben sich die Jugendlichen eine Geschäftsordnung, wählten ein Präsidium und bestimmten die Themen, mit denen sie sich im Schul-, Stadtentwicklungs-, Umwelt- und Verkehrsausschuss sowie im Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration auseinandersetzten. Sie recherchierten Fachinformationen, diskutierten Themen, fassten Beschlüsse und erstellten Resolutionen.

Die Jugendlichen führten Gespräche mit Abgeordneten und Experten aus Fachbehörden, Unternehmen und Verbänden, um die gewählten Themen aus unterschiedlichen Perspektiven zu beleuchten. Hintergrundgespräche des Veranstaltungspräsidiums mit der Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft sowie der jungen Vorsitzenden der Fachausschüsse mit dem Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg bereicherten das Programm.

Zum Abschluss der Veranstaltung überreichte der Präsident von „Jugend im Parlament“ der Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft am 21. September 2012 die von den Jugendlichen erarbeitete und im Plenum abgestimmte Gesamtresolution. Im Namen aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer bat er um die Weiterleitung des Forde­rungskatalogs an die Bürgerschaft.

Angeregt wird, dass die Ausschüsse der Hamburgischen Bürgerschaft die Tradition der Befassung mit den Resolutionen und die Anhörung der Jugendlichen in den jewei­ligen Ausschüssen auch in diesem Jahr fortsetzen. Die Gesamtresolution ist der Un­terrichtung zu diesem Zweck als Anlage beigefügt.

Carola Veit  
Präsidentin

Anlage

# Gesamtresolution

## Jugend im Parlament 2012

### Resolution des Schulausschusses

#### **Leistungskurse statt Profiloberstufe**

Das momentane System der Profiloberstufe ist nicht vereinbar mit dem Zentralabitur. Durch Profile sollte eine Gestaltungsfreiheit für die Schulen geschaffen werden. Diese Freiheit wird durch die Vorgaben der Themen des Zentralabiturs beschnitten. Da die Profilfächer vorgegeben werden, ist es schwierig für die Schüler, Kurse nach ihren Stärken und Interessen zu belegen.

#### **Wir fordern:**

Die Wiedereinführung des Leistungskurssystems mit der Einschränkung, dass die Schüler jeden Fachbereich mit ihrer Fächerwahl abdecken müssen.

#### **Verpflichtende Tutandengruppen in den Oberstufen**

Um zu verhindern, dass man die Oberstufe nur als Individuum bestreitet, **fordern wir** Tut-Gruppen an allen weiterführenden Schulen. Die Tut-Gruppen sollen dazu beitragen das Gruppengefühl, welches man in den vorherigen Klasse hatte, beizubehalten und weiterhin einen direkten Ansprechpartner bezüglich aller Fragen zu haben. Die Tut-Gruppen sollen folgendermaßen erstellt werden: Um zu gewährleisten, dass man mit Bezugspersonen in eine Tut-Gruppe kommt, wählt man als Gruppe einen der Lehrer (Tutoren). Damit ein Gemeinschaftsgefühl entsteht, trifft man sich regelmäßig, um über aktuelle Themen zu sprechen. Solche Treffen können auch außerschulisch stattfinden.

#### **Gleichwertig angesehenes Abitur**

Viele Schüler haben die Befürchtung, dass das Abitur der Stadtteilschulen (STS) weniger wert sei als das Abitur, welches auf einem Gymnasium abgeschlossen wurde. Bei Vergleichen der Abiturdurchschnittsnoten der vorherrschenden Schulformen werden bessere Leistungen auf den Gymnasien als auf STS erzielt.

#### **Wir fordern:**

Eine Studie, in der Unternehmen, die Ausbildungsplätze anbieten, befragt werden, wie es bei der Einladung zu einem Bewerbungsgespräch beurteilt wird, ob ein Schüler das Abitur auf der Stadtteilschule oder auf dem Gymnasium absolviert hat.

Ergibt diese Studie, dass Unternehmen auf die Schulform des Abiturs achten und bevorzugt, Abiturienten aus Gymnasien einstellen, dann muss dieses Problem angegangen werden.

**Wir fordern daraufhin**, dass die Semester 1 bis 4 gemeinsam auf neu eingerichteten „Oberstufenschulen“ unterrichtet werden, Schüler von Gymnasien nach der zehnten und Schüler von STS nach der elften Klasse.

### **Inhalte statt Kompetenzen**

Das kompetenzorientierte Abitur führt zu seiner Abwertung, da kaum noch Fachwissen und eigenständiges vernetzendes Denken gefordert wird. Dies beweist eine Studie<sup>1</sup> von Hans Peter Klein aus Nordrhein Westfalen, wo das kompetenzorientierte Abitur bereits eingeführt worden ist. Deswegen lehnen wir das kompetenzorientierte Abitur ab.

#### **Wir fordern:**

ein inhaltlich orientiertes und zentrales Abitur!

### **Neues Bewertungsverfahren für Abiturprüfungen**

Es wird ein neues Bewertungsverfahren eingeführt, bei dem nur ein Gutachten eines schülerbekannten Lehrers erstellt wird. Wir finden das falsch! Die Neutralität kann kaum gewährleistet sein und die Fehlerquote wird steigen.

#### **Wir fordern,**

dass die Erstkorrektur von einem externen Lehrer durchgeführt und die Überprüfung des Gutachtens von einem weiteren externen Lehrer übernommen wird.

### **10 ½ durchsetzen!**

Zum Schuljahr 2002/2003 wurde das G9er-Gymnasium zu einem G8er umgewandelt. Die elfte Klasse fiel weg; Schüler sollen laut §17 HmbSG in der zehnten Klasse auf die Oberstufe vorbereitet werden. Dies findet aus unserer Erfahrung nicht statt.

#### **Wir fordern,**

dass §17 HmbSG in jedem Gymnasium in Hamburg durchgesetzt wird.

### **Abitur organisatorisch zentralisieren!**

Das bundesweite Zentralabitur soll kommen. Es muss kommen, um die Bildungsrepublik Deutschland zu bewahren. Dafür übernimmt Hamburg in Kooperation mit fünf weiteren Bundesländern eine Vorreiterrolle.

#### **Wir fordern:**

Das Abitur bundesweit so schnell wie möglich organisatorisch zu zentralisieren! Damit ist gemeint, dass, um das Zentralabitur zu fördern, in Zukunft alle Abiturprüfungen in Deutschland am gleichen Tag, zur gleichen Zeit geschrieben werden.

### **Vergleichsarbeiten zur Qualitätssicherung**

**Wir fordern:** Zentrale Vergleichsarbeiten, zunächst landes- und später bundesweit, für jeden sechsten und achten Jahrgang, die dabei helfen sollen, den Lernstand überall konstant zu halten.

### **Veränderung der Klassen-/Kursgrößen**

Aktuell sind die Klassen/Kurse, obwohl sogenannte Sollzahlen existieren, häufig überfüllt. Dies macht Lehren und Lernen schwieriger.

#### **Wir fordern**

gesetzlich neu geregelte Soll- und Maximalwerte für Kurse-/Klassen in der Beobachtungs- und Mittelstufe:

	Gymnasium	Stadtteilschule	Gymnasium	Stadtteilschule
KESS	4 – 6		1 – 3	
Sollwert	25	22	20	
Maximalwert	28	25	23	

Diese bieten bessere Bildungsmöglichkeiten und individuellere Förderung für Schüler, vor allem in sozialen Brennpunkten oder besonderen Umständen. In Grundschulen muss der jetzige Maximalwert bestehen bleiben.

### **Zukunftsansichten**

#### **Abschaffung des Bildungsföderalismus**

Der Schulausschuss von Jugend im Parlament 2012 ist der Meinung, dass auf lange Sicht die Abschaffung des Bildungsföderalismus sinnvoll und notwendig ist. Wie kann das deutsche Abitur aus jedem Bundesland gleich viel wert sein, wenn nicht einmal die Schulsysteme dieselben sind? Um eine nationale Vergleichbarkeit, auch im Hinblick auf gleiche Wettbewerbschancen zu schaffen, muss auf lange Sicht der Bildungsföderalismus abgeschafft und somit ein organisatorisch und inhaltlich gleiches Schulsystem geschaffen werden. Wir haben die Ansicht, dass unser Antrag auf ein solches, langfristiges Bestreben ausgelegt ist und darauf vorbereitet, was die Dringlichkeit der Forderungen bestärkt. Es soll Ziel des Bundes und jedes Bundeslandes sein, ein Abitur zu schaffen, das in jedem Bundesland gleich verläuft und gleich viel wert ist.

#### **Das Abitur darf niemals an Wert verlieren!**

Jede Änderung des Schulgesetzes, jeder Kommentar des Schulsenators und jede Aufstellung einer Behördenverordnung darf nicht den Wert des Abiturs verringern! Niemals!

<sup>1</sup>: <http://www2.ibw.uni-heidelberg.de/~gerstner/AF-Kompetenzorientierung.pdf>

#### **Der Schulausschuss**

Christopher Weinert (Vorsitzender), Saskia Reimann (Protokoll), Chiara Tummeley (Protokoll), Jennifer Meyer, Hanife Demircioglu, Diva Saidze, Carolin Burgschweiger, Lisa Zimmermann, Maja-Livia Sijokov, Linda Loor, Tracy Ashe, Hannah Rajski, Zarif Ashraf, Clemens Thies, Till Hoffmann, Florian Bunes, Benedikt Jeutner, Mark Danker, Johannes Göppfarth, Nathalie Ruthledge, Florian Moldenhauer

## **Resolution des Ausschusses für Stadtentwicklung Wohnsituation in Hamburg**

### **Präambel**

Wir als Ausschuss für Stadtentwicklung fordern eine Verbesserung der Wohnsituation in Hamburg, vor allem in Bezug auf einkommensschwächere Bürgergruppen.

Mit unserer Forderung wollen wir einen Schritt in die Richtung zu mehr effektivem Wohnungsbau machen. Fakt ist, dass 30.000 bis 50.000 Wohnungen in Hamburg fehlen, die Mieten sehr hoch sind und es an Sozialwohnungen mangelt. Ein weiteres Thema, das wir ansprechen wollen, ist die Gentrifizierung, die sich schon durch einige Stadtteile gezogen hat und nun speziell in Wilhelmsburg geplant ihren Lauf nimmt.

### **Sehr geehrte Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft,**

Wohnen ist ein Grundrecht. Jeder sollte Anspruch auf ein Dach über dem Kopf haben, nur gestaltet sich dieser Anspruch in Hamburg als immer schwieriger umsetzbar. Laut Frau Sudmann von der Fraktion DIE LINKE haben in Hamburg circa 49 Prozent der Bürger einen Anspruch auf die sogenannten Sozialwohnungen. Dies sind Wohnungen, in denen der Quadratmeterpreis bei circa 5,90 Euro liegt. Tatsächlich liegen die Preise jedoch bei 8 – 10 €/m<sup>2</sup> – für genannte 49 Prozent unbezahlbar. Davon betroffen sind auch Studenten oder Auszubildende. Die Studentenwohnheime sind überfüllt und für Auszubildende wird bisher gar kein Wohnraum zur Verfügung gestellt.

Hamburg ist für junge Leute ein attraktiver Arbeits- und Wohnraum. Durch die wenigen bezahlbaren Angebote wird die Attraktivität jedoch erheblich gehemmt. Für die Stadt Hamburg sollte die Investition in den Nachwuchs ein Anreiz sein, mehr Wohnraum zu schaffen.

In den letzten zehn Jahren wurde es unter der Regierung der CDU versäumt, vermehrt neue Wohnungen zu errichten. Die neue Regierung unter der SPD verspricht den Bau von 6.000 neuen Wohnungen, davon etwa 2.000 Sozialwohnungen. Dies ist ein erster positiver Schritt in die richtige Richtung. Wir haben mit mehreren Experten aus verschiedenen Parteien gesprochen und viele von ihnen sahen dieses Ziel auf kurze Zeit als unrealistisch an. Grund ist, dass schlicht die Kapazitäten dafür fehlen würden, vor allem in Bezug auf die Baupreise, die dann in die Höhe schießen würden.

Damit kommen wir zum zweiten großen Problem. Der Senat plant Stellen in der öffentlichen Verwaltung abzubauen. Für viele unserer Experten ist das aber der falsche Weg; sie gehen sogar so weit, zu sagen, dass zusätzliches Personal eingestellt werden muss, um den anfallenden Aufgaben gerecht zu werden. Ihrer Meinung nach scheitert der weitere Bau von neuen Wohnungen am Personalmangel in der Planung. Auch in den Baufirmen wäre das benötigte Personal nicht vorhanden, schon jetzt sind die Firmen überlastet.

Die hohen Mietpreise erklären sich durch die hohe Nachfrage in den „Szenevierteln“, wie zum Beispiel Eimsbüttel oder St. Georg. Hier ist es in der Tat nahezu unmöglich, eine günstige Wohnung zu finden. Guckt man jedoch auf Stadtteile wie Eidelstedt, Hamm oder Horn, wird man hier durchaus noch erschwingliche Wohnungen finden, die auch für Geringverdiener im Bereich des Möglichen liegen. Das Problem ist, dass genannte Stadtteile ein nicht sehr förderliches Image haben und die Leute dort nicht hinziehen wollen und das, obwohl sie nah an der City liegen und eine gute Anbindung

mit den öffentlichen Verkehrsmitteln haben. Auch die Stadtteile südlich der Elbe sind nun in den Fokus von Wohnungsbaugenossenschaften gerückt, insbesondere Wilhelmsburg. Bisher war gerade dieser Bezirk von Sozialbauten geprägt, jeder vierte Bürger in Wilhelmsburg bezieht Hartz IV.

Durch die IBA (Internationale Bauausstellung) und die igs (internationale Gartenschau) hat es sich die Stadt Hamburg zum Ziel gemacht, den Stadtteil zu erneuern und mehr Wohnungen zu errichten. Mit dieser Maßnahme werden die Mietpreise steigen und, um es überspitzt darzustellen, die Geringverdiener verdrängt. An ihrer Stelle werden mehr Leute aus der Mittelschicht in den Bezirk ziehen. Diesen Vorgang nennt man Gentrifizierung und Wilhelmsburg ist dabei nicht der erste Fall. Auch St. Georg war einst ein Stadtteil mit einem fragwürdigen Image und ist nun ein Viertel, in dem man utopische Mietpreise zahlen muss und traditionelle Läden von Ketten verdrängt werden. Dieser Vorgang muss gestoppt werden.

#### **Unsere Forderungen:**

- **Senkung der Grundstückspreise**

Um mehr Investoren zum Wohnungsbau zu motivieren, soll der Grundstückspreis bei Flächen, welche die Stadt verkauft, gesenkt werden.

Durch die oben genannten Maßnahmen wird sich der Wohnungsmarkt entspannen und die Mieten werden generell erschwinglicher werden.

- **Vermeidung von Baugrundleerstand**

Die Blockade von Grundstücken/Gewerbeflächen, die teilweise seit mehr als 20 Jahren leer stehen, muss insgesamt erschwert werden, um den Wohnungsbau zu ermöglichen.

Um das unnötige Brachliegen der genannten Gewerbeflächen zu verhindern, sollen diese nach zehn Jahren ohne Nutzung automatisch zu Wohnflächen umgewandelt werden.

Dies wird einen Anreiz geben, Gewerbeflächen sinnvoll zu nutzen.

- **Vermeidung von Wohnungsleerstand**

Um den vorhandenen Wohnraum sinnvoll zu nutzen, sollen die Bezirksämter an die Wohnungseigentümer appellieren und mit Kampagnen auf die Notwendigkeit hinweisen.

- **Genauere Prüfung/Kontrolle von „Leuchtturm Projekten“**

Kostenintensive „Leuchtturm Projekte“ wie die Elbphilharmonie sollen in einem angepassten Verhältnis zu langfristigen Wohnprojekten stehen.

Hier sind enorme Geldeinsparungen möglich.

Dies soll gesetzlich geregelt werden, um reine Parteiimage-Projekte zu verhindern.

- **Stärkere Revitalisierung der Stadtteile südlich der Elbe**

Stadtteile wie Wilhelmsburg oder Harburg et cetera sollen attraktiver gemacht werden. Um jedoch Mietpreisexplosionen zu verhindern, muss dies in einem ge-

regelten Rahmen geschehen und nicht erst, wenn es schon zu spät ist. Dies wird zu einer Entlastung der stark frequentierten Stadtteile führen und eine kostengünstige Alternative für Geringverdiener bieten. Die sozial schwächere Bevölkerung darf dabei nicht durch Mietpreissteigerungen aus ihren Wohnungen vertrieben werden. Eine Durchmischung der Bevölkerung ist jedoch wünschenswert.

Eine Kampagne soll auf die Vorteile der Stadtteile südlich der Elbe aufmerksam machen und etwaige Vorurteile abbauen.

- **Soziale Erhaltungsverordnung ausweiten**

Wir fordern eine Gesetzesgrundlage in Anlehnung an die Stadt München, welche eine Sanierung von günstigen Mietwohnungen zu Luxusapartments verhindert.

Auch in Hamburg wurde besagte Verordnung schon in Stadtteilen wie zum Beispiel St. Pauli und St. Georg erfolgreich von der Stadt Hamburg umgesetzt. Daher fordern wir eine Ausweitung der sozialen Erhaltungsverordnung auf alle Stadtteile. Damit ist es möglich, Modernisierungen, bauliche und Nutzungsänderungen sowie die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen durch die besondere Genehmigung zu erschweren

Ziel ist es, mehr Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten zu schaffen.

- **Personalaufbau statt Abbau in der öffentlichen Verwaltung**

Aufgrund der Forderung der SPD nach dem Bau von 6.000 neuen Wohnungen, verlangen wir eine Aufstockung des Personals in der öffentlichen Verwaltung, um dem Planungsdruck nachzukommen und auch in Zukunft zahlreiche neue Wohnungen bauen zu können.

- **Umwidmung von Leerstehenden Bürogebäuden**

Leer stehende Bürogebäude sollen verstärkt auf eine mögliche Nutzung als Wohnraum geprüft werden.

Zudem dürfen keine weiteren Bürogebäude genehmigt werden. Stattdessen müssen entsprechende Ausgleichs geschaffen werden durch Abriss unnutzbarer Bürogebäude und entsprechende Umwandlung der Bauflächen.

- **Sozialwohnungen müssen besser verteilt werden**

Der Bau von Sozialwohnungen sollte sich nicht auf einzelne Stadtteile beschränken, sondern sich auf die gesamte Stadt verteilen. Attraktivere Stadtteile wie zum Beispiel Blankenese, Winterhude, Volksdorf und Othmarschen sollten nicht „verschont“ werden. Auch dort sollten Sozialwohnungen gebaut werden.

- **Finanzielle Förderung der Vermieter und Bauunternehmer von Sozialwohnungen**

Vermieter und Bauunternehmen sollten ein attraktives finanzielles Angebot der Stadt erhalten, wenn sie Sozialwohnungen vermieten beziehungsweise bauen. So würden sich mehr Unternehmen für die Vermietung beziehungsweise den Bau von Sozialwohnungen entscheiden.

Wir möchten Sie abschließend noch einmal auf die Dringlichkeit des Themas hinweisen und danken Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.



**Resolution des Umweltausschusses**  
**Thema: Umwelthauptstadt Hamburg**

**Präambel**

Sehr geehrte Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft,

unser Umweltausschuss hat sich mit der Frage beschäftigt, wie wir Hamburg umweltfreundlicher gestalten können. Es wurden fünf Gruppen gebildet, die sich mit folgenden Themenbereichen zur Umwelt befasst haben:

Infrastruktur/Verkehr, Müll/Recycling, Energie/Energieeffizienz, Naturerhaltung und grüne Stadtplanung, Information/Bildung.

**Infrastruktur/Verkehr**

**Erweiterung des StadtRAD-Projektes**

**Anlass**

Seit 2009 gibt es in der Hansestadt Hamburg das Projekt StadtRAD, welches zur Ergänzung des öffentlichen Nahverkehrs ins Leben gerufen worden ist.

Dieses Projekt wird von den Hamburgern Bürger bereits gut angenommen, es gibt schon mehr als 100.000 Nutzer.

**Forderung**

Deshalb fordern wir, dass dieses Projekt durch mehr Gelder unterstützt wird und somit mehr Fahrradstationen in weiteren Stadtteilen Hamburgs erbaut werden.

**Ziel**

Das Ziel des Ausbaus des Stadtradgebietes soll sein, dass noch mehr Menschen dieses System nutzen und somit immer öfter auf das Auto verzichten. Ein weiteres Ziel des Ausbaus sollte sein, dass mehr Stationen in der Nähe von U- und S-Bahnhöfen erbaut werden, um die Weiterfahrt zu erleichtern und südliche Stadtteile besser anzubinden. Des Weiteren könnten diese Fördergelder genutzt werden, um die aufgrund der intensiven Nutzung entstandenen Schäden zu beheben.

**Ausbau der Fahrrad-Infrastruktur**

**Anlass**

Es gibt im Bereich Fahrradwege/-streifen und neuer Fahrrad-Abstellplätze bereits gute Ansätze. Die Umsetzung und Ausführung sind aber noch zu kompliziert.

## **Forderung**

Darum fordern wir eine Erleichterung der Kooperation zwischen den Behörden, um zum Beispiel noch mehr Fahrradständer in den verschiedenen Stadtteilen Hamburgs erbauen zu lassen. Auch sollten mehr Projekte wie das „1.000-Bügel-Projekt“ unterstützt und gefördert werden und noch mehr Radwege gebaut beziehungsweise ausgebaut oder saniert werden.

## **Ziel**

Eine umfangreiche Nutzung des StadtRADs und des Fahrrads ist nur möglich, wenn es auch den dazugehörigen Rahmen gibt, der durch unsere Ideen gesteckt wird. Besonders Fahrradwege machen das Radfahren wesentlich angenehmer und tragen dazu bei, dass mehr Bürger das Auto stehen lassen und das Fahrrad nutzen.

## **Müll/Recycling**

### **Anlass**

Unsere Gruppe hat sich mit dem Thema Ressourcenschonung auseinandergesetzt. Bei unserer Recherche sind uns verschiedene Problematiken aufgefallen, für die wir Lösungsansätze gesucht haben. Insbesondere haben wir uns mit Abfallvermeidung und Mülltrennung beziehungsweise Recycling beschäftigt. Uns sind folgende Probleme aufgefallen:

- Viele Müllbehälter in Hamburg sind überfüllt. Es landet viel Müll auf der Straße oder wird rücksichtslos in der Umwelt entsorgt.
- Die Mülltrennung ist in der Öffentlichkeit kaum vorhanden – es existieren vielerorts nur Restmüllbehälter.
- Wert- und Rohstoffe werden häufig in Form von überflüssigen Verpackungsmaterialien oder Luxusgütern verschwendet.
- Das Umweltbewusstsein der Gesellschaft im Bereich Wertstoffe und deren Recycling ist noch nicht genug ausgeprägt.

### **Forderungen**

Wir fordern, dass an belebten öffentlichen Orten mehr Müllbehälter zur Verfügung stehen und diese auch oft genug geleert werden. Außerdem sollten Müllbehälter für verschiedene Abfallarten vorhanden sein (Papier, Bio, Wertstoffe), damit man nicht nur zu Hause Mülltrennung betreiben kann. Diese Behältnisse existieren beispielsweise schon in den S-Bahnhöfen.

Um die Mülltrennung für den Verbraucher zu vereinfachen, schlagen wir vor, Produkte farblich zu kennzeichnen (beispielsweise: blauer Punkt = Papier/Pappe).

Allgemein könnten Mülltonnen/-eimer mit auffälligen Informationen versehen sein. Diese würden unterhaltsam Auskunft geben über die Verwendung des Abfalls.

Außerdem fordern wir, dass Ressourcen sinnvoller und nachhaltiger genutzt werden. Das bedeutet zum Beispiel, dass Produkte nur so viel Verpackung haben sollten wie nötig. Die Verpackungen sollten möglichst wiederverwendbar sein und am besten aus nachwachsenden Rohstoffen bestehen.

Unnötige Verpackungen kann man vermeiden, indem man ein System einführt, das zur Wiederbefüllung der Verpackungen dient. Man sollte zudem größere Packungen einführen. Das System der Befüllung könnte so aussehen, dass im Supermarkt große Vorratsbehälter stehen und jeder dort sein Gefäß auffüllen kann. Außerdem sollte das Pfandsystem von Getränkeflaschen auf alle Flaschen, Gläser und Dosen ausgeweitet werden (Duschgel, Spülmittel et cetera). Wir fordern, dass Einwegflaschen abgeschafft werden und der Pfandwert von Glasflaschen erhöht wird (zum Beispiel 15 – 20 Cent), damit die Rückgabequote steigt. Das Pfand soll dann auf alle Glasflaschen erhoben werden.

Der Verkauf und die kostenlose Mitgabe von Plastiktüten sollte eingestellt werden. Im Gegenzug sollten langfristig nutzbare Taschen/Beutel vergünstigt angeboten werden.

### **Energie/Energieeffizienz**

#### **Forderung „Hausdämmung“**

**Anlass:** Laut Angaben der CDU-Sprecherin für Umwelt, Frau Stöver, sind 80 Prozent aller Häuser in Hamburg vor 1978 gebaut worden. Diese Häuser sind im Vergleich zu den heutigen Neubauten energetisch mangelhaft konstruiert worden. Diese Häuser haben einen Primärenergiebedarf, welcher bis zu zehnmal so hoch ist wie bei Neubauten.

**Forderung:** Wir fordern, dass die Stadt Hamburg ihre Bürger ausreichend über die Vorteile eines energieeffizienten Haushaltes informiert (siehe Gruppe Informationen). Darüber hinaus sollte für Hausbesitzer ein Anreiz geschaffen werden, ihre Häuser ausreichend zu sanieren. Dieser könnte durch Subventionen oder steuerliche Vorteile geschaffen werden. Die bestehenden Subventionen sollten transparenter gestaltet und weiter ausgebaut werden.

Hamburg sollte sich auf nationaler Ebene für Energieeinsparquoten einsetzen.

**Ziel:** Durch die Sanierung vieler energetisch ineffizienter Häuser rechnen wir uns eine massive Einsparung an Energie aus. Zudem würden die Bürgerinnen und Bürger

langfristig eine erhebliche Summe Geld einsparen, da sie weniger Strom und Gas im Haus benötigen.

#### **Forderung „Ausweitung von Solarzellen“**

**Anlass:** Hamburg als Großstadt hat wenig Platz, um große Windparks zu errichten. Daher sollten alle verfügbaren Flächen, die nicht anders benötigt werden, wie Dächer, für erneuerbare Energien genutzt werden.

**Forderung:** Wir fordern eine Ausweitung des „1.000-Dächer“-Projektes sowie die Nutzung frei liegender Dachflächen, wie zum Beispiel die von Schwimmbädern, um warmes Wasser zu produzieren.

**Ziel:** Durch die Nutzung der sonst frei liegenden Dachflächen mit Solarzellen können zumindest Anteile am Eigenbedarf des Gebäudes gedeckt werden.

## **Naturerhaltung und grüne Stadtplanung**

### **Anlass**

Wir, die Gruppe mit dem Unterthema Naturerhaltung und grüne Stadtplanung, haben in den letzten Tagen Maßnahmen entwickelt, um die Hamburger Luft zu verbessern, die Natur in Hamburg zu vergrößern, zu pflegen und zu erhalten.

Für eine sauberere Luft und ein vielfältiges Stadtgrün. Mehr Grünflächen. Mehr Bäume. Mehr Pflege und Unterhaltung. Hamburg ist eine Stadt mit viel Verkehrsaufkommen (das heißt vermehrter Schifffahrt und Flug- und Autoverkehr). Dadurch sammeln sich in unserer Luft und in der Elbe viele Schadstoffe an.

### **Forderungen und Ziele**

Mehr Grünflächen: Hamburg braucht mehr Grün

Auch Hamburger/-innen haben ein Recht auf saubere Luft!

Ein großer Beitrag, der in die richtige Richtung geht, ist die Filterung von CO<sub>2</sub> durch Bäume.

80 Bäume gleichen pro Jahr eine Tonne CO<sub>2</sub> aus.

Deshalb fordern wir eine noch höhere Anzahl von Stadtbäumen, die gezielt auf Flächen, in Form von Straßeninseln an stark befahrenen Straßen, gepflanzt werden.

Des Weiteren halten wir eine Ausbreitung/Vermehrung von Hamburgs Grünflächen für notwendig. Parks und Grünflächen sollten für jedermann in jedem Stadtteil verfügbar sein. Dadurch wird nicht nur die Anzahl der Stadtbäume erhöht, sondern auch die Optik verschönert. Im Kampf gegen das Verkommen von Grünflächen durch Verschmutzung und Vernachlässigungen der Grünflächen fordern wir für jeden Bereich eine angemessene Pflege und Unterhaltung.

Wir möchten außerdem noch einmal darauf aufmerksam machen, dass es auf keinen Fall eine Fehlinvestition ist, in eine grüne Stadt zu investieren.

Denn wir versprechen uns in Zukunft nicht nur eine allgemeine Senkung des CO<sub>2</sub>-Spiegels und die dadurch einhergehende Verbesserung von Hamburgs Gesundheit. Wir sichern Hamburg dadurch auch noch eine viel schönere Optik, sowie höhere Chancen bei einer Neubewerbung Hamburgs um den Titel „Umwelthauptstadt“.

Auch in vielen anderen Bundesländern Deutschlands steigt seit Jahren das Unternehmen von Politikern/-innen und Bürgern/-innen die Umwelt ihres Bundeslandes zu fördern, zu verbessern und zu sichern. Jetzt kommt unser Einsatz!

Effekt der Landstromversorgung: Weniger Stickoxid-Emissionen

Um Ihnen den Ernst der Lage klar zu machen, ist hier ein kurzer Ausschnitt eines Zeitungsartikels, welcher anhand einer Studie sehr gut zeigt, wie die momentane Lage Hamburgs in diesem Bereich aussieht:

„Laut einer Siemens-Studie für Hamburg ist es vor allem das gefährliche Stickoxid, das belastend ist: Bei Produktion mit bordeigenen Maschinen liegt der Ausstoß an einem Kreuzfahrterminal im Jahr bei etwa 54,4 Tonnen; die gleiche Strommenge würde, in einem Landkraftwerk erzeugt, hingegen nur 2,25 Tonnen Stickoxid erzeugen.“<sup>1</sup>

EU-Sanktionen: Überschreitung des Stickoxid-Grenzwertes

Hamburg überschreitet den Stickoxid-Grenzwert stark und hat daher um einen Aufschub der Stickoxid-Reduzierung bis 2015 gebeten. Doch egal, ob wir die

---

<sup>1</sup> <http://mobil.abendblatt.de/hamburg/article2190251/Landstrom-Hamburg-will-von-Los-Angeles-lernen.html?emvcc=-3>

Richtlinien jetzt oder bis 2015 erfüllen müssen – um Sanktionen zu umgehen, muss etwas gegen den hohen NO<sub>2</sub>-Ausstoß getan werden. Die effektivste und kostengünstigste Methode wäre einen Zwang für Landstromversorgung im Hamburger Hafen einzuführen, da dadurch wie oben erläutert in einem Kreuzfahrterminal circa 95 Prozent weniger NO<sub>2</sub> ausgestoßen wird.

Doch es drohen nicht nur Sanktionen der EU wegen der schlechten Luft, sondern auch Umweltorganisationen und Bürger könnten klagen.

De facto ist es also so, dass Hamburg zurzeit den kostengünstigsten und auch einen der effektivsten Lösungsansätze nicht wahrnimmt. Nun könnte man zwar argumentieren, dass die Landstromversorgung für die Unternehmen teurer ist. Doch wenn man sich in der Politik entscheidet sich nicht direkt mit einem Landstrom-Zwang in die Firmenphilosophie einzumischen, sollte man zumindest die Landstromversorgung subventionieren. Diese Lösung würde zwar höhere Kosten mit sich ziehen, allerdings sind diese nicht vergleichbar mit den Strafzahlungen die bei einer Überschreitung fällig werden würden.

#### Gesundheit: Mehr Erkrankungen durch Stickoxide

Ein weiterer sehr wichtiger Grund mal abgesehen von möglichen Strafzahlungen ist die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger Hamburgs. Das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz in NRW veröffentlichte im Jahr 2010 einen Bericht, der über die gesundheitlichen Gefahren von NO<sub>2</sub>-Belastung aufklärt:

„Fall-Kontroll-Studien konnten bei Zunahme der langjährigen [...] NO<sub>2</sub>-Belastung eine Zunahme der Sterblichkeit (alle Todesursachen, Herz- und Atemwegserkrankungen, Lungenkrebs) und/oder der Häufigkeit von Lungenkrebs, chronischen Atemwegsbeschwerden bei Erwachsenen, Hustenepisoden und Bronchitis bei Schulkindern, chronischer Bronchitis bei Kindern mit diagnostiziertem Asthma und Lungenfunktionsverschlechterungen bei Schulkindern festgestellt werden.“<sup>2</sup>

Diese dramatischen Folgen müssen eindeutig vermieden werden und zwar durch eine geringere NO<sub>2</sub> Belastung in Hamburgs Luft.

So werden auch die Arztbehandlungskosten langfristig eingespart.

### **Information/Bildung**

#### **Anlass**

In der Gruppe der Umweltbildung haben wir uns als Ziel gesetzt, Bewusstsein für die Notwendigkeit von umweltfreundlichem Verhalten zu schaffen. Es ist wichtig, die Bürger für Umweltthemen zu sensibilisieren und schon im frühkindlichen Alter mit Umweltbildung zu beginnen. Umweltschäden sind irreversibel, daher stehen wir in der Verantwortung, zukünftigen Generationen gute ökologische Bedingungen zu gewährleisten.

Fakt ist, dass Möglichkeiten gegeben sind, sich eigenständig über Umweltthemen zu informieren, wie zum Beispiel im Internet, in Broschüren, in Büchern et cetera. Der Anreiz, sich zu informieren, ist unserer Ansicht nach nicht ausreichend vorhanden. In den Lehrplänen von Schulen kommt der Umweltaspekt meist zu kurz.

Unser Ziel ist es, alle Bevölkerungsschichten für Umweltthemen zu sensibilisieren, sodass neben den ohnehin interessierten auch die uninformierten Bürger erreicht werden. Dies wollen wir durch folgende Maßnahmen umsetzen.

---

<sup>2</sup> Vgl. [http://www.lanuv.nrw.de/gesundheit/schadstoffe/gesundheitliche\\_wirkungen.pdf](http://www.lanuv.nrw.de/gesundheit/schadstoffe/gesundheitliche_wirkungen.pdf)

## **Forderungen**

### Frühkindliche Umweltbildung bereits im Kindergarten:

Gefordert wird eine Weiterbildung/Fortbildung von Erziehern. Durch die frühkindliche Umweltbildung wird ein nachhaltiges Bewusstsein geschaffen, das bis ins erwachsene Alter bestehen bleibt.

### Projektstage an Schulen zum Thema Umwelt:

In Ausbildungswochenenden oder Seminarwochen (in den Ferien) soll freiwilligen Schülern ermöglicht werden sich fachlich weiterbilden zu lassen. Ziel der Ausbildung ist es, die Kompetenz zu erlangen, als Multiplikator an Schulen und anderen Institutionen Seminare und Workshops zum Thema Umwelt zu leiten. Experten aus dem Bereich Umweltbildung werden die Seminare durchführen. An erster Stelle steht die Erläuterung von Nachhaltigkeit. Weitere Bereiche der Umwelt wie Tierhaltung, Artenschutz, Müllentsorgung, Naturschutz, Energieeffizienz, Ressourcenschonung, Umgang mit Rohstoffen und Klimawandel können Inhalte der Seminare sein.

### Öffentliche Veranstaltungen:

In Hamburg soll jährlich eine Informationsveranstaltung zum Mitmachen stattfinden. Jeder Bürger hat die Möglichkeit, Ratschläge zu bekommen und in Kontakt mit Naturschutzverbänden oder alternativen Stromanbietern zu treten. Der Nutzen des klimafreundlichen Verhaltens soll herausgehoben werden. Nach dem Besuch dieser Veranstaltung kennt jeder Einzelne Maßnahmen, wie er sich verhalten kann, um die Umwelt zu entlasten.

### Werbemaßnahmen:

Um die breite Masse auf unsere Veranstaltungen aufmerksam zu machen, sollen an gesellschaftlichen Ballungspunkten Plakate aufgehängt werden, die über Termine, Internetpräsenz und Ziele unseres Projekts informieren. Diese Plakate könnten einen Spruch enthalten, der mit einem Fakt den Leser unterhaltsam über Umweltschutz aufklärt („Wussten sie schon, dass...?“).

Des Weiteren können an naturbelassenen, stark frequentierten Punkten beispielsweise dem Stadtpark, Informationstafeln aufgestellt werden, die über Flora, Fauna und Gefährdungsfaktoren der selbigen berichten.

Die Verantwortung für die Organisation trägt die zukünftige Kampagne „Extended Minds“. Weitere Werbemittel können das Fahrgastfernsehen in U-Bahnen, ein Youtube-Werbespot und andere Medien wie Zeitung und Fernsehen sein.

Eine Website ist unerlässlich, um bereits durch öffentliche Werbemaßnahmen aufmerksam gemachte Bürger weiterführend über unsere Kampagne zu informieren. Zudem ist Facebook das gängigste Mittel, Jugendliche zu erreichen.

### **Fazit:**

Durch unsere Forderungen wollen wir das Umweltbewusstsein der Bürger stärken. Wir hoffen, dass unsere Vorschläge Zustimmung finden.

**Verkehrsausschuss  
Tarifbedingungen des HVV**

Sehr geehrte Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft,

im Rahmen des Planspiels „Jugend im Parlament 2012“ hat sich der Verkehrsausschuss mit den HVV-Tarifen für Jugendliche befasst. Hierbei bezieht sich der Ausschuss auf die Altersklassen von sechs bis zwanzig Jahren. Der Ausschuss setzte sich mit den Unverhältnismäßigkeiten der Fahrkartenpreise in Relation zum Alter der Fahrgäste auseinander.

Laut dem Hamburger Verkehrsverbund ist man als 15-jähriger schon erwachsen, obwohl man dies – gesetzlich gesehen – noch nicht ist. Allgemein befinden sich 15- bis 20-Jährige nicht in der Lage, den Erwachsenentarif zu bezahlen. Daher empfindet der Ausschuss es als unangemessen, einen Schüler oder arbeitsuchenden Schulabgänger, mit einem erwerbstätigen Erwachsenen finanziell gleichzustellen.

Während unserer Recherchen ist uns aufgefallen, dass die Tarife des Hamburger Verkehrsverbunds sehr unübersichtlich sind. So mussten wir viele verschiedene Quellen nutzen, um alle Tarife des Hamburger Verkehrsverbunds kennenzulernen. Selbst nach der Recherche gab es noch viele offene Fragen zu einzelnen Tarifen.

Hierbei sind wir auf die „Hamburg Card“ gestoßen, über welche – unserer Meinung nach – nicht ausreichend informiert wird. Das Problem dabei ist, dass Touristen nicht explizit auf die „Hamburg Card“ hingewiesen werden. Als Verbesserungsvorschlag würden wir empfehlen, die „Hamburg Card“ bei sämtlichen Reisebuchungen aus dem Inland und – wenn möglich – darüber hinaus anzubieten. Dies könnte einen höheren Absatz bewirken und Hamburgs Sehenswürdigkeiten sowie den städtischen Verkehrsverbund attraktiver machen.

Unsere wichtigste Forderung bezieht sich auf den HVV-Tarif für Einzel- und Tageskarten, der 15- bis 21-Jährigen. Wir sind der festen Überzeugung, dass es notwendig ist, die Altersgrenze für den Kindertarif von 15 auf 20 Jahre anzuheben, da sich viele Jugendliche nicht in der Lage sehen, die Kosten für eine Erwachsenenkarte zu tragen. Selbstverständlich sehen wir ein, dass der Preis der Kinderkarten erhöht werden muss, um einen Kostenausgleich zu bewirken.

Auch bitten wir die Abgeordneten, über eine nötige Erhöhung der Zuschüsse nachzudenken. Die zu befürchtende negative Berichterstattung der Medien über die Anhebung des Kindertarifes wird bei Weitem durch den Imagegewinn übertroffen, da es sich bei unserer Forderung um ein Vorzeigeprojekt handelt. Da die durch die von unserer Forderung betroffene Zielgruppe in naher Zukunft wahlberechtigt sein wird, ist es ferner von politischem Vorteil, unsere Forderung zu unterstützen.

Auch ist es von Vorteil, die Jugendlichen früh an den städtischen Verkehrsverbund heranzuführen, sodass diese aus Gewohnheit auch im Erwachsenenalter Kunden des Hamburger Verkehrsverbunds bleiben. Auf lange Sicht führt dies dazu, dass der Individualverkehr abnimmt und dadurch der CO<sub>2</sub>-Ausstoß reduziert wird.

Bis zur Durchsetzung unserer Forderung plädieren wir, als Überbrückungsangebot, dafür, alle Angebote für Schüler auch ein Jahr nach ihrem jeweiligen Schulabschluss nutzbar zu machen, da bisher noch kein Tarif für Personen existiert, welche sich zwischen Schule und Studium beziehungsweise Schule und Ausbildung befinden. Da diese Personengruppe weder über ein geregeltes Einkommen verfügt noch Förderungen erhält, kann sie sich die Karten für die Beförderung nicht beziehungsweise nicht leicht finanzieren.

Ferner möchten wir Ihnen die Umsetzung unserer Forderungen nahelegen und die Vorteile dieser abschließend aufzeigen:

- **Erste Forderung:**  
**Der „Kinder-Tarif“ sollte für Fahrgäste bis zum vollendeten 20. Lebensjahr verlängert werden.**

Diesen Entschluss ziehen wir vor allem aus der Tatsache, dass man mit 15 Jahren in seltenen Fällen ein eigenes Einkommen verdient. Folglich kann man sich eine Erwachsenenkarte nicht leisten. Wir beziehen diese Forderung allerdings nur auf die Automatenkarten und somit auf die Gelegenheitsfahrer.

- **Zweite Forderung:**  
**Wir fordern eine stärkere Zusammenarbeit von Reiseanbietern und dem Hamburger Verkehrsverbund.**

Damit hätten Touristen die Möglichkeit, zusätzlich zu ihren Reisetickets HVV-Angebote sofort mit zu buchen und somit in Anspruch zu nehmen.

Es würde die Möglichkeit entstehen, die Stadt Hamburg besser kennenzulernen.

Der Verkehrsausschuss von „Jugend im Parlament“ spricht sich ebenfalls, unabhängig von den oben genannten Forderungen, für eine übersichtlichere Tarifgestaltung aus.

An dieser Stelle wollen wir Sie noch einmal auf unser Überbrückungsangebot für die erste Forderung aufmerksam machen.

Wir möchten das Bewusstsein der Hamburgischen Bürgerschaft für die hier aufgegriffenen Thematiken, die den Hamburger Verkehrsverbund betreffen, stärken und dies auch als Mittel für ein umwelt- beziehungsweise touristenfreundlicheres Hamburg aufzeigen.

Wir verlangen, dass Sie dieses Thema als inhaltlichen Arbeitsschwerpunkt Ihres Ausschusses sehen.

Wir fordern, dass der „Kinder-Tarif“ für Fahrgäste bis zum vollendeten 20. Lebensjahr verlängert wird und eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Reiseanbietern und dem Hamburger Verkehrsverbund stattfindet.



## **Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration**

### **Anonymisierte Online-Bewerbungsplattform**

#### **Präambel**

Das Aussortieren von Bewerbungen aufgrund von Herkunft, Aussehen, Alter, Geschlecht, Behinderung oder Familienstand ist trotz des Gesetzes zur Gleichstellung kein Einzelfall. So zeigte zum Beispiel eine Studie<sup>3</sup> des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA), dass die Angabe eines türkischen Namens nachweislich die Chance auf ein Bewerbungsgespräch verringert. In diesem Sinne unterstützen wir auch den Antrag der Grünen vom 29. August 2012. Um dieser ungerechten Behandlung der Bewerber entgegenzuwirken, fordern wir eine Anonymisierung des Bewerbungsverfahrens. In den Jahren 2010 und 2011 wurde ein bundesweites Pilotprojekt<sup>4</sup> durchgeführt, welches erwies, dass durch die anonyme Vorgehensweise qualifizierte Bewerber mit Migrationshintergrund eine Einladung zu einem Bewerbungsgespräch erhielten, die in einem nicht anonymisierten Verfahren abgelehnt worden wären. Auch mögliche Diskriminierungen aufgrund des Familienstandes, des Alters, des Geschlechts, einer Behinderung und des Aussehens konnten im ersten Schritt der Bewerbung ausgeschlossen werden.

Der Bildungsbericht 2011 des Hamburger Senats legt zugrunde, dass der Anteil der fünf- bis 15-Jährigen mit Migrationshintergrund knapp 50 Prozent beträgt – Tendenz steigend. Maßnahmen der Integration, die über eine einfache Imagekampagne hinausgehen, sind überfällig.

Im Jahr 2011 blieben bundesweit etwa 60.000 Ausbildungsplätze unbesetzt<sup>5</sup>. Gleichzeitig finden immer weniger Schulabgänger eine passende Lehrstelle. Ausbildungsunternehmen, die dem Fachkräftemangel entgegenwirken wollen, muss die Möglichkeit dazu gegeben werden. Es ist ausdrücklich im Interesse und somit Aufgabe der Hamburgischen Bürgerschaft, offene Lehrstellen und Bewerber zusammenzuführen.

Ein weiteres Phänomen ist das Abwandern von jungen, gut ausgebildeten Menschen vor allem mit einem Migrationshintergrund. Das verstärkt den Fachkräftemangel zunehmend. Dabei muss die Politik dieser Entwicklung entgegensteuern – zusammen mit den Unternehmen!

#### **Hauptteil**

Aufgrund der positiven Ergebnisse des Pilotprojekts<sup>6</sup> fordern wir die Einrichtung einer anonymen Online-Bewerbungsplattform. Hier erhalten Bewerber und Firmen separate Zugänge. Die Bewerber registrieren sich mit ihren persönlichen Daten und erhalten automatisch eine Identifikationsnummer. Des Weiteren geben sie ihren Lebenslauf, Qualifikation, persönliche Stärken und Interessen in eine standardisierte Maske ein. Nun ist es ihnen möglich sich für die ausgeschriebenen Stellenangebote und Ausbildungsplätze der Unternehmen zu bewerben. Die Unternehmen wiederum melden sich gegen eine geringe Gebühr an und tragen daraufhin ihre Stellenangebote in die Bewerbungsplattform ein. Alternativ können sie mithilfe einer Suchfunktion nach Bewerbern suchen, die mit den Anforderungen der Arbeits- oder Ausbildungsstelle und dem Profil des Unternehmens übereinstimmen. Allerdings werden keinerlei personenbezogene Daten der Bewerber angezeigt, um eine objektive Einschätzung nach Qualifika-

---

<sup>3</sup> IZA Research Report No. 44, Abschlussbericht Pilotprojekt „Anonymisierte Bewerbungsverfahren“ der ADS

<sup>4</sup> Initiiert von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Durchgeführt von fünf privaten Unternehmen und drei öffentlichen Stellen

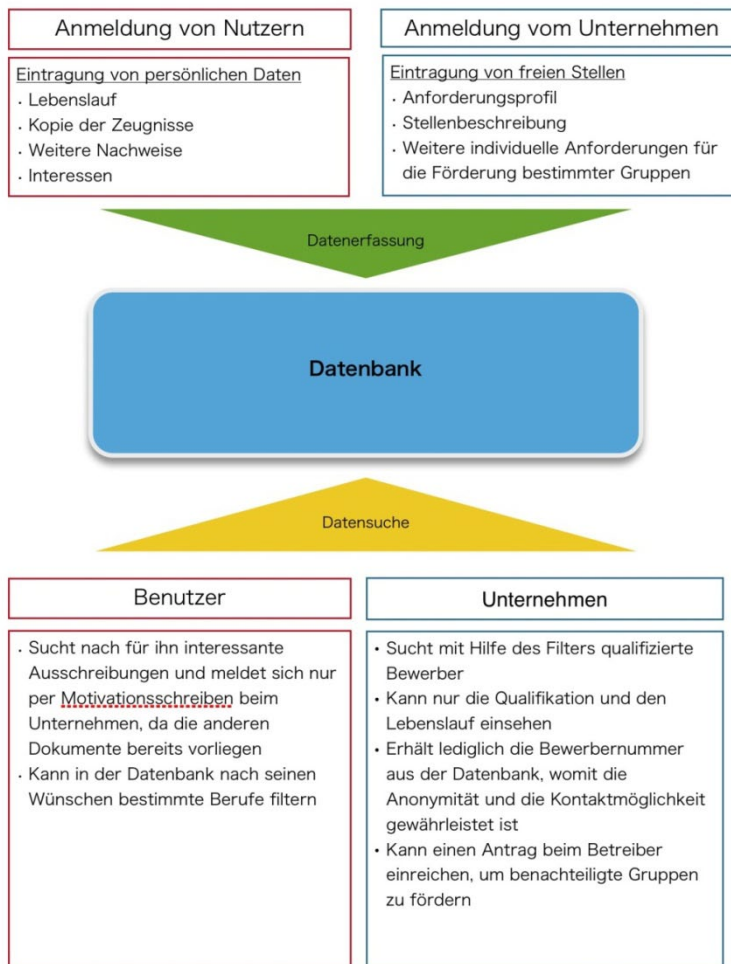
<sup>5</sup> Laut Merkur-online.de; Artikel vom 04.08.2011

<sup>6</sup> S. Pilotprojekt „Anonymisierte Bewerbungsverfahren“ der Antidiskriminierungsstelle des Bundes

tion zu gewährleisten. Legt eine Firma besonderen Wert auf die Förderung einer bestimmten Personengruppe – zum Beispiel Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund oder Behinderung – kann ein Antrag an den Betreiber der Plattform gestellt werden, welcher betreffende Daten für dieses Unternehmen offenlegt. Folglich können Unternehmen ihre Fördermaßnahmen ungehindert durchführen.

Zusätzlich ist angedacht, den Unternehmen die Möglichkeit zur Schaltung von Werbeanzeigen zu geben. In diesem Zuge kann ein Teil der Finanzierung durch die teilnehmenden Unternehmen übernommen werden. Weitere Kosten werden von der Agentur für Arbeit und der Handelskammer getragen. Als Betreiber der Plattform schlagen wir eine der beiden voran genannten Einrichtungen oder eine Kooperation beider Institutionen vor, die für die ordnungsgemäße Nutzung der Online-Bewerbungsplattform sorgen.

Zur Popularisierung müssen Mittel für verschiedene Kampagnen bereitgestellt werden. Hierzu gehören Informationsveranstaltungen an Schulen und umfassende Werbung auf verschiedenen öffentlichen Kanälen. Ein leichter, unbürokratischer Zugang soll die Teilnahme aller Ausbildungs- und Arbeitssuchenden erleichtern.



**Begründung**

Die Einrichtung einer zentralen Lehrstellenbörse ist wichtig, um sowohl potenzielle Auszubildende und Unternehmen ohne großen Aufwand zusammenzubringen als auch die Kontaktfindung zwischen ausgebildeten Arbeitssuchenden und Arbeitgebern zu erleichtern. Die Anonymisierung der Bewerbung ist erforderlich, um die Diskriminierungen von Menschen mit Migrationshintergrund, Frauen oder Personen mit anderen vorurteilsbehafteten Merkmalen zu vermeiden. Laut der Studie des IZA reicht allein die Angabe eines türkischen Namens, um die Chance auf ein Vorstellungsgespräch um 14 Prozent zu senken; bei kleineren Unternehmen liegt dieser Verlust sogar bei 24

Prozent<sup>7</sup>. Eine anonymisierte Bewerbung hilft nachweislich diesen Unterschied abzubauen.

Eine Kooperation zwischen Handelskammer und Agentur für Arbeit bietet sich an, da letztere bereits eine Datenbank und die Handelskammer Erfahrung mit der Vermittlung von Arbeits- und Lehrstellen hat.

Den Unternehmen bietet die Plattform die Möglichkeit, ohne großen Aufwand möglichst geeignete Bewerber sowohl für Lehr- als auch für Arbeitsstellen zu finden. Die Maßnahme bekämpft Arbeitslosigkeit aktiv.

Dazu kommt der geringere bürokratische Aufwand bei der Agentur für Arbeit, da sich die Unternehmen direkt an die Bewerber beziehungsweise die Bewerber direkt an die Unternehmen wenden können.

### **Petition**

#### **Wir fordern den Senat auf,**

- eine anonymisierte Online-Bewerbungsplattform einzurichten, die durch eine Kooperation der Handelskammer und der Agentur für Arbeit finanziert und betrieben wird. Die Beiträge der teilnehmenden Unternehmen unterstützen das Projekt zusätzlich.
- Mittel für eine umfassende Werbekampagne bereitzustellen. Ein Schwerpunkt soll dabei auf Informationsveranstaltungen in Schulen gesetzt werden.

---

<sup>7</sup> S. Website der Antidiskriminierungsstelle des Bundes → Projekte → Anonymisierte Bewerbungen

## **Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration**

### **Gesellschaftliche Integration**

#### **Präambel**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Abgeordnete,

wir, die Teilnehmer von Jugend im Parlament, haben uns zu dem Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration zusammengeschlossen. In diesem haben wir uns mit dem Thema der gesellschaftlichen Integration und explizit mit Menschen mit Migrationshintergrund als auch mit denen, die mit einer körperlichen oder geistigen Einschränkung belastet sind, beschäftigt.

#### **Anlass**

Obwohl seit 2002 das Behindertengleichstellungsgesetz in Kraft gesetzt worden ist, ist die Situation von Rollstuhlfahrern und Menschen mit körperlicher Behinderung in Hamburg weiterhin noch nicht Ideal. Das liegt maßgeblich an dem lückenhaften und nicht einheitlich gebündelten Informationsnetz. Jeder elfte Mensch in Deutschland ist körperlich behindert oder von einer anderen Einschränkung belastet, dies verdeutlicht die immense Wichtigkeit einer guten Zusammenfassung der Information.

Auch jetzt, nachdem die UN-Behindertenrechtskonvention am 26. März 2009 in Deutschland in Kraft getreten ist, und Inklusion ein Menschenrecht ist, gibt es noch kein stabiles Informationssystem für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen in Hamburg.

#### **Ziele**

Das Ziel unserer Resolution stellt die Zusammenführung und die Aktualisierung des Materials zur Barrierefreiheit in Hamburg dar. Fakt ist, dass es zurzeit Angebote wie beispielsweise die Internetseite <http://www.barrierefreie-wege.de/wege.html> und unabhängige Netze wie <http://blog.wheelmap.org> gibt, welche durchaus Informationen bereitstellen (in Form von Karten der Hamburger Innenstadt, siehe Anlage 1) und auch ein partizipatives System, in dem barrierefreie Orte in der Welt gelistet sind. Diese sind jedoch denkbar benutzerunfreundlich dargestellt und ungeeignet für die eigentliche Zielgruppe und die tatsächliche Benutzung. Des Weiteren gibt es Listen über diverse barrierefreie Institutionen, öffentliche und kulturelle Einrichtungen (siehe <http://stadtfuehrer.lagh-hamburg.de/>). Denn zahlreiche Berichte von Betroffenen zeigten uns, dass es vieler Kenntnisse bedarf, damit nicht kurz vor dem Ziel zum Beispiel eine Treppe oder ein ähnlich schwieriges Hindernis den Weg versperrt.

Ein weiteres Problem ist die Orientierung von Nicht-Ortskundigen. Eine entsprechende Internetseite oder ähnliches könnte auch den mobilitätseingeschränkten Menschen und deren Pflegern helfen, sich besser in der neuen Umgebung zurecht zu finden.

Hinzukommt, dass mobilitätseingeschränkte Menschen, die nicht der deutschen Sprache mächtig sind, sich oft nicht nach draußen trauen und eine Hilfestellung in ihrer Muttersprache dazu beitragen würde, sie zu mehr Integration in der Gesellschaft zu motivieren. Eine mehrsprachige Broschüre wäre in der Lage, eine Großzahl von Hamburgern mit Behinderung anzusprechen beziehungsweise würde sie ihre Betreuer entscheidend entlasten und sie auf mehr Möglichkeiten der Mobilität im Alltag aufmerksam machen.

Im Zuge der zahlreichen Erneuerungen von Bahnsteigen hin zu mehr Barrierefreiheit wäre eine Anwendung angebracht, die eine Nutzung der zahlreichen Fahrstühle an den U-Bahn-Haltestellen fördern würde. Unser aller Ziel ist eine inklusive Gesellschaft, dabei sind wir zwar auf einem guten Weg in unserer Stadt Hamburg, jedoch ist dringend ein Mittel nötig, die Rollstuhlfahrer auf ihre Möglichkeiten in der Hansestadt aufmerksam zu machen und ihnen die bereits vorhandenen Informationen benutzerfreundlich zugänglich zu machen.

Eine solche Aktion wäre eine notwendige Bereicherung und würde die Attraktivität unserer Stadt erheblich steigern.

### **Forderungen**

Um eine bessere Situation für Menschen mit Behinderung herzustellen und eine höhere Sensibilität bei Kindern und Jugendlichen für mobilitätseingeschränkte Menschen zu schaffen, ist ein Wettbewerb, der die Entwicklung einer Anwendung zur Orientierung im Hamburger Stadtbild vorantreibt, notwendig. Ein solches Projekt an Schulen durchzuführen hätte den Vorteil, dass nur geringe Kosten verursacht werden würden (Preisgelder et cetera). Grundlegender Unterschied zu anderen bestehenden Projekten wäre eine kinderfreundliche Gestaltung. Zudem sollen auch Verkehrsinformationen wie Baustellen und ein Routenplaner miteinbezogen werden.

### **Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Bürgerschaft,**

wir, die Teilnehmer von Jugend im Parlament, haben uns zu dem Ausschuss der Integration zusammengeschlossen.

Der Teil des Integrationsausschusses, der sich auf die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund spezialisiert hat, hat folgende Forderungen erarbeitet:

### **Anlass**

Der demografische Wandel ist in den letzten Jahren intensiver in den Vordergrund getreten. Die bekannten Einflussfaktoren sind:

- die Wechselwirkung zwischen der steigenden Lebenserwartung und der Sterberate,
- die Migration und
- die sinkende Geburtenrate.

Neue Statistiken belegen, dass jedes zweite Kind, das eingeschult wird, einen Migrationshintergrund hat. Deshalb wollen wir an dem Punkt Integration ansetzen und diese durch unsere Vorschläge ermöglichen und erleichtern.

### **Ziele**

Unser erster Punkt beinhaltet die Erziehung und die Bildung von Kindern und Jugendlichen in Schulen.

Es sind Defizite im Bereich des Lehrplans und der Ausbildung der Fachkräfte aufgetreten. Zunehmend stellt sich heraus, dass die Lehrer die Qualifikationen nicht aufbringen, die multikulturelle Erziehung voranzutreiben, die wir als globalisierte Gesellschaft anstreben sollten.

## **Forderungen**

Unser Ausschuss fordert:

- Ein kulturelles Sprachprofil
  - Vermittlung lokal gesprochener Sprachen wie zum Beispiel Türkisch, Russisch und Polnisch et cetera und durch das Einbauen verschiedener Kulturen im Theater-, Musik- und Kunstunterricht
  - Verstärkter religionsübergreifender Unterricht in Form von Besuchen verschiedener religiöser Einrichtungen

## **Unterstützende Fakten**

Wir haben eine Umfrage mit Lehrern und Schülern aus verschiedenen Stadtteilen Hamburgs durchgeführt, wobei sich folgendes herausgestellt hat:

Die meisten Lehrer und Schüler wollen einen verstärkten religionsübergreifenden Unterricht und ein kulturelles Sprachprofil an ihrer Schule haben

In der Hoffnung auf eine positive Resonanz,  
verbleiben wir mit freundlichen Grüßen,  
der Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration  
von Jugend im Parlament 2012

Anlage 1



Quelle: <http://www.barrierefreie-wege.de/Karten/xl/OPNV.jpg>

### Ämter und Behörden

Die Daten für diese Seite wurden mit freundlicher Unterstützung des Hamburger Verkehrsverbundes erhoben.

Aufgeführt sind Ämter, Behörden und öffentliche Dienststellen, die von vielen Menschen oft aufgesucht werden müssen (z.B. Bezirksämter mit Einwohneramt, Grundsicherungs- und Sozialamt sowie Gesundheitsamt und Pflegestützpunkten; Agenturen für Arbeit; Team.Arbeit.Hamburg-Dienststellen der Arbeitsgemeinschaft SGB II /Arbeitslosengeld II; Kfz-Zulassungsstellen; Senatskoordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen).

Die Ämter und Behörden sind in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt.

Weitere Informationen finden Sie unter <http://www.hamburg.de/behoerdenfinder/>. Dort können Sie auch erfahren, welche Behörde für Sie bei welchen Fragen zuständig ist. Die Öffnungszeiten und sonstigen Angaben der Ämter und Behörden werden dort regelmäßig aktualisiert.

---

Agentur für Arbeit Altona  
22769 Hamburg Altona - Nord,  
Kieler Straße 39  
Tel.: 0180 / 1 55 51 11  
Fax: 040 / 380 14 - 4 61  
Email: [Hamburg-Altona@arbeitsagentur.de](mailto:Hamburg-Altona@arbeitsagentur.de), Mo - Fr 8 -  
13 h, Do zusätzlich für Berufstätige 16 - 18 h



Eingang: Bodenbelag der Rampe: Kopfsteinpflaster.  
Aufzug 1: Grundfläche der Kabine: 180 x 130 cm, B-Knöpfe: 90 cm.  
WC 1: Waschbecken nicht unterfahrbar, keine Umsteigehilfe.  
WC 2: Waschbecken nicht unterfahrbar, keine Umsteigehilfe, im Herren B-WC ist die WC-Sitzhöhe verstellbar.

Auszug aus der Quelle: <http://stadtfuehrer.lagh-hamburg.de/aemter.htm>

Weitere Quellen:

Schritte...des Wandels in unsere Gesellschaft für Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen; Eva Bohne/Bettina Marquardt; 2.Auflage Hamburg 2011; S.60

Hamburger Abendblatt; Aus aller Welt; Ausgabe des 19.09.2012